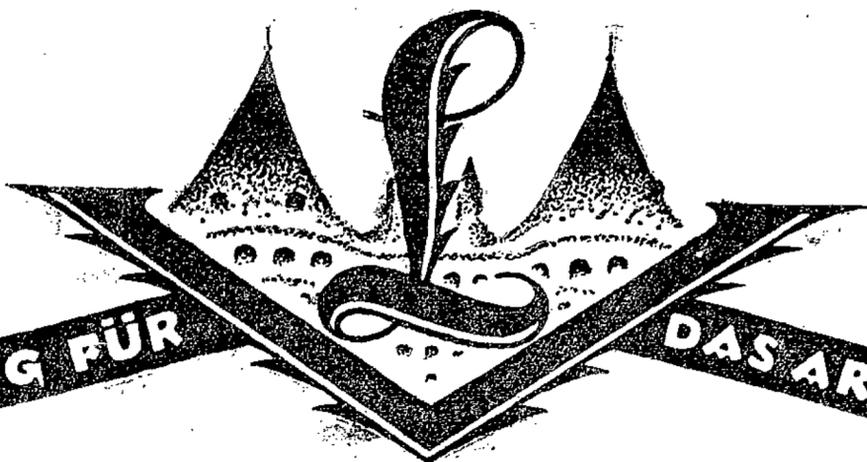


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 2,40 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Postzeile oder deren Raum 6,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 5,00 Mark, Reklamen 30,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



# Lübecker Volksbote

Nummer 160.

Mittwoch, den 12. Juli 1922.

29. Jahrgang.

## Reichstagsauflösung?

Dr. L. Lübeck, 12. Juli.

Ausführlich besprachen wir an dieser Stelle am Montag die Vermorrenheit, die sich im Reichstag in den letzten Wochen entwickelt hat. Erst erschütterte die Getreideumlage die Reichstagsmehrheit. Jetzt ist es das Gesetz zum Schutze der Republik, das von der Reichsregierung mit Hängen und Würgen nur mühsam wie ein riesig ungeschlachter Finglingsfelsen durch den Reichstag gewälzt wird. Eine Zweidrittelmehrheit ist nötig, um dieses Gesetz zu verabschieden. Woher nehmen?

Der Gesetzentwurf hat schon außerordentlich gelitten durch die Rücksichtnahme der Regierung auf dieses Mehrheitserfordernis. Er ist in manchen Punkten schon so sehr abgeschwächt, daß die Sozialdemokraten und erst recht die Unabhängigen nur noch schweren Herzens zustimmen können. Und er ist andererseits der Volkspartei noch nicht verwässert genug. Wie soll man solche verschiedene Meinungen unter ein Dach bringen? Wenn aber zu den in Opposition stehenden Deutschnationalen — die Kommunisten sind gänzlich unberechenbar — noch erhebliche Teile einer anderen Partei stoßen, so fällt das Gesetz. Und was dann?

Reichstagsauflösung selbstverständlich! So sagt jedermann. Allerdings wird der Regierung in diesem Falle nichts anderes übrig bleiben, als das Volk entscheiden zu lassen. Aber soweit ist es ja noch nicht. Vorläufig wird über das Gesetz ja noch verhandelt; werden die einzelnen Bestimmungen noch hin- und hergeschoben. Die Frage der Stunde lautet deshalb auch noch ganz anders. So nämlich: Würde die Regierung nicht besser verfahren, wenn sie, statt sich in Schlingensiefeln durch das Koalitionsgerümpel des Reichstages zu winden, das Volk entscheiden ließe? Und würde vor allem nicht die Sozialdemokratie viel mehr zum Schutze der Republik durchsetzen, wenn sie Neuwahlen, die ihr doch sicher reichen Gewinn brächten, erzwingen würde?

Das sind die beiden Fragen, die zurzeit jeder Politiker stellen und auch beantworten muß. Also: Würden Neuwahlen in diesem Augenblick die Republik stärken? Und brächten Neuwahlen der Sozialdemokratie erhebliche Vorteile?

Was die zweite Frage betrifft, so ist es selbstverständlich, daß unsere Partei zwei bis drei Duzend neuer Mandate gewinne, vielleicht sogar mehr. Aber auf wessen Kosten? Und ergäbe sich daraus eine Verringerung der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag. Dies ist nicht so ohne weiteres zu sagen. Wahrscheinlich kämen große Massen bisher unabhängiger Wähler zu uns zurück; wahrscheinlich auch würden wir aus Kleinbürgerkreisen und aus den Reihen der Demokraten manchen Zugang erhalten. Soviel aber, wie die Unabhängigen verlieren müssen, können wir im besten Falle nicht gewinnen, dazu ist die Zeit noch nicht reif. Eine Reichstagsneuwahl würde also die Stellung der beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen nicht stärken. Und zurzeit ist die Lage doch so, daß Sozialdemokratie und Unabhängige Sozialdemokratie faktisch übereinstimmen, also als Ganzes gewertet werden müssen. Neuwahl würde also zunächst glänzende sozialdemokratische Wahlergebnisse bringen, an der Sache selbst aber wenig ändern. Und uns muß gerade in der jetzt so kritischen Zeit die Sache über dem Parteiinteresse stehen!

Die andere Frage lautet: Was hat die Republik von Neuwahlen zu erwarten? Wie würden die republikanischen Parteien in ihrer Gesamtheit aus den Wahlen hervorgehen? Wie schon gesagt, hätten die beiden sozialistisch-republikanischen Parteien zusammen eine wesentliche Stärkung nicht zu erwarten. Und die bürgerlichen? Zentrum und Demokraten haben nichts zu gewinnen! Die Annahme der Getreideumlage hat ihnen viele bäuerliche Wähler entfremdet. Und die zurzeit die deutsche Arbeiterschaft durchbrausende Radikalisierung hat naturgemäß auch das Bürgertum radikalisiert — wenn es auch schweigt. Wie sich die Volkspartei gegen die Deutschnationalen halten würde, entzieht sich jeder Schätzung. Zu sehr ist man über die Wirkung der Mordenthüllungen auf das rückwärtliche Bürgertum im unklaren.

Reichstagsneuwahlen würden also der Gesamtheit der ausgesprochen republikanischen Parteien wenig nützen. Die Reichsregierung hat deshalb wenig Grund, die Reichstagsauflösung mit Fleiß herbeizuführen.

Dazu kommt noch ein anderes: Unter welcher Parole sollen die Wahlen ausgefochten werden? Sollen Sozialdemokratie und Unabhängige gemeinsam radikale Forderungen aufstellen, die sich gegen die bürgerliche Klaumeterpolitik richtet? Ein Erfolg wäre ihnen dabei zwar sicher,

## Großes Explosionsunglück bei Cuxhaven.

Ein Minendepot in die Luft geflogen. — Viele Verletzte.

W.B. Hamburg, 11. Juli.

Heute nachmittag, etwa 2½ Uhr, hat sich im Minendepot Groden bei Cuxhaven eine gewaltige Explosion ereignet. Da infolge der Explosion alle Fernsprechleitungen nach Cuxhaven gestört sind, sind bis zur Stunde Einzelheiten noch nicht in Erfahrung zu bringen. Gerüchtweise verlautet, daß von dem Depot nur noch ein Schuppen steht, der auch bedroht sei. Eine mächtige Feuersbrunst ist von weither zu beobachten.

W.B. Cuxhaven, 11. Juli.

Zu der Explosion im Minendepot Groden wird weiter gemeldet: Bei der ersten Explosion, die sich gegen 3 Uhr ereignete, flogen mehrere Schuppen des Depots in die Luft. In Cuxhaven selbst wurde eine große Anzahl Fenster Scheiben durch die Gewalt der Detonation eingedrückt. Die Technische Nothilfe, die Feuerwehre und alle verfügbaren Fuhrwerke wurden sofort zur Hilfeleistung aufgeboden. Da der Bahndamm gleichfalls beschädigt ist, ist auch der Zugverkehr ins Staden geraten. Ueber die Ursache des Unglücks und auch über die Zahl der Opfer konnten bisher Feststellungen noch nicht getroffen werden.

Zu dem Explosionsunglück im Minendepot Groden erfahren wir weiter: Der ersten Explosion um 2.30 Uhr folgten noch eine Reihe schwerer Explosionen. Die Zahl der Toten und Verwundeten läßt sich noch nicht genau angeben, man spricht von etwa 30. Zur Zeit des Unglücks waren etwa 200 Arbeiter im Depot beschäftigt. Auch in Cuxhaven ist eine Anzahl Personen durch Glasscherben verletzt worden. Die Polizei hatte sofort nach dem Unglück die Bewohner aufgefordert, die Häuser zu verlassen.

aber ein verderblicher Riß würde die republikanischen Parteien zerreißen, zur Freude der Monarchisten. Würde aber die Sozialdemokratie gemeinsam mit den anderen Koalitionsparteien eine gesamtrepublikanische Plattform zu errichten versuchen, so splittierten — aus agitatorischen Gründen — die Unabhängigen ab, und der Bruderkampf würde die beste Kraft der Arbeiterschaft auffaugen.

Deshalb scheint uns die Politik der Reichsregierung richtig: Mit allen Mitteln zu versuchen, das republikanische Schutzesetz mit diesem Reichstag durchzubrüden. Sollte es dennoch fallen, dann ist die Lage klar, und dann ist auch die Wahlparole gegeben: Schutz der Republik! Dann müßten alle Schutzparteien aufmarschieren in einer gewaltigen Einheitsfront gegen die ablehnenden Parteien. Eine ganz klare Lage würde dadurch entstehen; der Republik wäre dann unter solchen Umständen ein Sieg sicher.

Ruhigem Nachdenken wird die Richtigkeit dieser Ueberlegungen einleuchten. Muß doch im Mittelpunkt aller republikanischen Politik die eine Forderung stehen: die Republik muß gestärkt, muß absolut gesichert werden. Hinter dieses Ziel stellen wir zur Stunde jede andere Forderung zurück. Erst die deutsche Republik, dann die sozialdemokratische Partei; das ist eine der besten sozialdemokratischen Traditionen seit 1918. Mehr als je muß sie uns jetzt leiten.

Eine ganz traurige Rolle aber — zum Schluß sei das bemerkt — spielt wieder die kommunistische Partei. Sie schwankt zwischen Republik und Moskauagitation hin und her, und sie besorgt wieder — nach einigen lichten Stunden — mehr als je die Geschäfte der Monarchisten. Sie heßt wieder Arbeiter auf Arbeiter; im Hintergrunde aber grinsen breit und zufrieden: Ludendorff und Helfferich.

## Auf der Spur der Mörder.

Den beiden flüchtigen Mördern des Ministers Rathenau, dem Ingenieur Hermann Fischer und dem Oberleutnant z. S. Erwin Kern, ist die Berliner politische Polizei auf der Spur. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die beiden sich vom 4. bis 6. Juli in Wismar (Mecklenburg), am 7. Juli in Neu-Ralies und am 8. Juli in Senzen (Elbe) aufgehalten haben. Als sie in dem letztgenannten Ort von der Polizei erkannt wurden, flüchteten sie über die Elbe auf hannoversches Gebiet in den Kreis

Man versucht jetzt von der Wasserseite an einen gefährdeten Schuppen heranzukommen. Die Explosionsgefahr ist noch nicht ganz behoben.

\*

## Die Katastrophe im Minendepot.

(Drahtbericht des Sonderberichterstatters des Hamburger Echo.)

Das Minendepot Groden bei Cuxhaven ist durch die Explosionen von Minen und Wasserbomben vollständig zerstört. Die erste große Explosion erfolgte nachmittags 2 Uhr 28 Minuten im Schuppen 40. Während der Explosion befand sich der Hamburger Zug in der Nähe des Depots und passierte die Stelle in rasender Fahrt. Sämtliche Scheiben wurden zertrümmert. In Cuxhaven sind auch fast sämtliche Schaufensterscheiben und andere Scheiben zerbrochen. In Groden selbst wurden sämtliche Siedlungshäuser vollständig zerstört, etwa 100 Häuser abgedeckt und die Giebel zerstört. In einem Umkreis von etwa 5 Kilometer sind sämtliche Scheiben zertrümmert. Durch das Herumfliegen von Schießbaumwolle sind die Bauernhöfe von Steinteilen und Ramm in Brand geraten. Die Zahl der Toten ist gering. Zur Zeit der Explosion hat sich niemand im Schuppen befunden. Es ist bisher nur ein Loter gefunden. Vier Vermisste sind bisher gemeldet, so daß die Zahl der Toten nicht mehr als 5 sein wird. Im Krankenhaus sind insgesamt 13 Schwerverletzte und 34 Leichtverletzte eingeliefert. Unter den Leichtverletzten befindet sich auch ein Ententeoffizier. Es hatte kurz vor der Explosion eine Besichtigung durch die Entente-Kommission stattgefunden. Es sind außerdem noch etwa 100 Personen verletzt, die sich in Privathäusern befinden. Der Sachschaden ist sehr groß und geht in die Millionen. Etwa 20 Häuser müssen vollständig neu aufgebaut werden. In Cuxhaven sind verschiedene Kinder durch Glassplitter und herumfliegende Dachziegel verletzt worden. Ueber die Ursache der Explosion ist noch nichts bekannt. Es schwirren darüber die wildesten Gerüchte herum, die aber alle nicht glaubwürdig sind.

Lüchow hinein. Ein starkes Aufgebot von Berliner Beamten der Abteilung Ia mit Kraftwagen und Polizeihunden, die auf die Spur der Täter gesetzt wurden, stellten fest, daß die Täter nach Süden, nämlich nach Garlow, dem Forsthaus Wirm-Krendsee-Padebusch, allgemeine Richtung Gardelegen, geflüchtet sind. Am Sonntag früh gegen 3 Uhr waren die Flüchtigen in Padebusch, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag haben sie bei Ziemendorf (in der Nähe von Lüchow) eine Generalstabskarte verloren, die von Berliner Beamten gefunden wurde. Infolge Verlustes dieser Karte waren sich die Flüchtlinge über den einzuschlagenden Weg nicht klar, infolgedessen befragten sie Landbewohner über den Weg nach Gardelegen. — Es ist damit zu rechnen, daß die Täter nach Süddeutschland zu flüchten beabsichtigen. Sie sind ohne genügende Mittel und anscheinend entkräftet. Sie haben sich bei Bauern und in Forsthäusern Brot erbettelt. Wahrscheinlich halten sie sich am Tage verborgen und bewegen sich nur des Nachts vorwärts. Sie haben Fahrräder bei sich.

## Heftige Schwankungen am Devisenmarkt.

Berlin, 11. Juli.

Die Spekulation am Dollarmarkte hat offenbar ihren Höhepunkt überschritten. Handel, Industrie und auch das Privatpublikum hat so reichlich fremde Zahlungsmittel eingekauft, daß ihnen inländische Zahlungsmittel kaum noch zur Verfügung stehen. Infolgedessen herrscht ein starkes Entlastungsbedürfnis. Der Dollar, der heute im Vormittagsverkehr noch mit 530 gehandelt wurde, war bei Beginn der Börse mit 508 angeboten und ging zeitweise bis auf 488 zurück. Zum Schluß der letzten Börsensunde stellte sich der Kurs auf 495 bis 496. Die Bewegung blieb weiterhin noch sehr unruhig. Am Effektenmarkte setzte im Anschluß an die Ermattung der Devisen ein scharfer Rückgang ein. Die Schwerk-Industriepapiere verloren 50 bis 100 Proz.

\*

Mailand, 10. Juli.

Der „Corriere della Sera“ beschäftigt sich erneut mit dem Sturz der Mark und sagt, daß die Markkatastrophe auch auf andere Valuten einen starken Einfluß ausübe. Der deutsche Pessimismus habe sich auf den ganzen Kontinent übertragen. Um Deutschland zu retten, sei es notwendig, daß die deutsche Demokratie sich bei dieser Krise als die einzig mögliche Regierungsform für Deutschland behaupten könne.

# Das Schutzgesetz in der zweiten Lesung.

Der Kanzler mahnt zur Einigkeit.

## Reichstag.

248. Sitzung. Dienstag, 11. Juli, nachmittags 2 Uhr.

Die gestern abgebrachte

Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik

wird fortgesetzt.

Willeit (SO): Ich habe zunächst der Unzufriedenheit meiner Partei mit der vom Ausschuss beschlossenen Fassung des Gesetzes Ausdruck zu geben. Der bayerische Gesandte von Preger hat gestern erklärt, daß die Regierungsvorlage, und noch mehr die Ausschussbeschlüsse für Bayern unannehmbar und untragbar sind. Ich habe mich gefragt, inwiefern dieses Gesetz in wichtige Rechte Bayerns eingreift, habe aber auf diese Frage keine Antwort gefunden. Die Gestaltung des Strafrechts und des Strafvorgangs ist Sache des Reiches. Bayern hat selbst anerkannt, daß es durchgreifend reorganisiert werden muß. Rechtsgründe dafür, daß seine Forderungen an das Reich berücksichtigt werden müßten, kann Bayern nicht angeben. Die Frage, wie wir das, was mit der neuen Rechtsstellung eritreit wird, ohne Gewalt erreichen können, muß uns in erster Linie beschäftigen. Nach meiner Meinung muß das, was für andere Länder tragbar ist, auch für Bayern tragbar sein. (Sehr wahr! links.) Der Erfolg des bayerischen Innenministers über die Ausführung der Verordnungen des Reichspräsidenten entspringt einer überaus reizbaren Empfindlichkeit und einer geradezu krankhaften Furcht, daß man in bayerische Hoheitsrechte eingreifen will. Diese Furcht scheint Bayern blind gemacht zu haben vor dem, was geltender Recht ist. Der bayerische Gesandte ist geeignet, alle Ermittlungen zu erschweren. Der Vergleich des Gesetzes zum Schutze der Republik mit dem Sozialistengesetz trifft völlig daneben. Das Sozialistengesetz verfolgte Bestrebungen. Das Gesetz zum Schutze der Republik verfolgt Mordverbrechen. Beim Gesetz zum Schutze der Republik handelt es sich um die einzige politische Frage, die jetzt existiert: um den Schutz der Republik. Dilemma: Entweder wird die Verträge in der Fassung, die der Ausschuss ihr gegeben hat, nicht gerechtfertigt. Der Ausschuss hat unsere Vorschläge abgelehnt und nicht das getan, was notwendig sein werden mußte. Auch die Forderungen der Gewerkschaften sind keineswegs erfüllt. Was ist zur Sicherung der Demokratie geschehen? Bayern verlangt, daß auf die Stimmung in Bayern Rücksicht genommen wird, aber in Bayern gibt es zwei Stimmungen; die in Nordbayern unterwirft sich sehr leicht von der Stimmung in Südbayern. (Sehr richtig! links.) Wie haben verlangt, daß die verhängende monarchistische Agitation verboten wird. Der Ausschuss hat in dieser Frage völlig versagt.

Gräßl (DVP): Im Ausschuss wurde uns das Gesetz mit der Aufforderung vorgelegt: „Trifft Wogel oder Stich!“. Von fern hörte man sehr deutlich das Donnerrollen der Reichstagsausführung und des Generalstreiks. (Lebhafter Widerspruch links.) Die Mitglieder des Ausschusses mühen bei zügelnder Ueberzeugung ganz anders ausgefallen. Wir protestieren gegen die überhäufte Gesetzgebung. Wenn wir uns dem Zwang der Straße beugen, so ist das das Ende der demokratischen Freiheit. (Sehr richtig! rechts.) (Widerstand links.) Der Justizminister hat einen sehr merkwürdigen Rückzug angetreten, indem er entgegen seiner ursprünglichen Erklärung im Ausschuss betonte, von einer einseitigen Umwandlung des Gesetzes könne keine Rede sein. Das Gesetz widerspricht einem Rechtsstaat. (Zuruf links: Sie sind Freunde des Rechtsstaats!) Der Paragraph 1 des Gesetzes ist nur das Feigenblatt für die mit dem Gesetz bezweckte Aneinanderung der nationalen Opposition. Die Linie hat in früheren Jahren nicht politische Intentionen verhehrt. Für die Erreichung des österreichischen Ministerpräsidenten Stürck durch Friedrich Adler fand der „Morosini“ Joann Gröschl die Unterstützung. Er erklärte Adler für gestürzt. Auch ich bin der Ansicht, daß Adler wünschenswert war und ist, denn er ist jetzt noch Sozialdemokrat. (Großer Lärm links. Präsident läßt die zwei Zwischenrufe zur Ordnung, bittet aber auch den Redner, sich zu mäßigen. Rufe rechts: Freiheit! Der Präsident rügt sehr energisch diesen Zwischenruf.) Angehts dieser Tausche ist es empörend von der Seite, den Mord an Rathenau meiner Partei in die Schule zu schieben, und ich kann nur sagen: O über Euch Hengler und Willeit! (Großer Lärm links, erregte Zwischenrufe.) Der Reichstagsrat hat die Partei ausgegeben: Der Feind steht rechts. Um seine Verantwortung beneide ich ihn nicht.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch: Die Deutschnationalen haben zwei Seiten in ihrer Brust. Die eine vertritt der Abgeordnete Springer, die andere Gräßl, der hier jeden eine ungerührt prozessierende Rede gehalten hat. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Den Trennungstrieb, den die Deutschnationale Partei gezogen hat, geg sie sehr eng. Noch gehören die Herren Müller, Clemen und Gräßl zu ihnen. Es ist bezeichnend, daß dieselbe Deutschnationale Partei den Abgeordneten Gräßl vorzählt, der nach einige Monate vor Springer's Tode hier im Reichstag die ungeschwundene Ansprache, ob nicht etwa von den Summen, die Springer für kirchliche und politische Zwecke gesammelt habe, etwas in den Taschen Springers geblieben sei. (Stürmische Zurufe links.) Der Staatsgerichtshof widerspricht nicht der Verfassung, wenn ein Ausnahmegericht würde sich gegen einen bestimmten Einzelfall oder eine Gruppe einzelner Fälle richten. Der Staatsgerichtshof ist aber ein Sondergericht für generell bestimmte Arten von Fällen. Darüber ist in der Reichsverfassung nichts gesagt. Es handelt sich also nicht um eine Verfassungsänderung. Herr Gräßl sprach von einem Rückzug, den ich anzunehmen habe soll. Die Verordnung des Reichspräsidenten hatte aber einen anderen Wortlaut, denn sie sprach von der republikanischen Staatsform. Dieses Gesetz spricht aber von der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform. Der Gegensatz zur republikanischen Staatsform ist die Monarchie. Der Gegensatz zur verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform ist aber jede Verfassungsform, die in Gegensatz zu dem verfassungsmäßigen demokratischen Gedanken tritt. Es handelt sich also nicht um ein einseitiges Gesetz. Das Sozialistengesetz richtete sich gegen eine geistige Bewegung, sind aber wolleicht die Mordverbrechen, die Mordverbrechen, die Begünstigungen oder Verherrlichungen eines Mordes, die Geheimbündelei, die Beschimpfungen der Staatsform eine geistige Bewegung? Das Sozialistengesetz verbot die sozialistischen oder kommunistischen Versammlungen, die „in den Frieden gefährdender Weise den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung“ bezweckten. Ein ungeschicktes Sozialistengesetz würde so aussehen: Vereine, die durch die deutschnationalen monarchistischen oder rechtsradikalen Versammlungen den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsform bezwecken, sind verboten. — Wenn das Gesetz so aussähe, hätten Sie vielleicht Anlaß, sich zu beklagen, diesem Gesetz gegenüber aber nicht. (Lebhafter Beifall links.)

Sächsischer Minister des Innern Dipinski stellt gegenüber der Behauptung des Abgeordneten Gräßl, in Jassau habe es in Lote gegeben, fest, daß, wie schon Abgeordneter Meier-Widau am Freitag bemerkt hat, nur 2 Personen getötet worden sind. Auch die zwei Opfer waren nicht zu beklagen gewesen, wenn nicht ein Nazi aus seiner Behauptung auf die Menge geschossen hätte. (Hört, hört! links.) Wenn ein Abgeordneter eine im Reichstag richtig gestellte Behauptung wieder aufnimmt, so handelt er nach meiner Auffassung wider besseres Wissen. (Beifall links.)

Repp (NSD): Der politische Mord ist aber, als die Partei, aber niemals gab es eine Partei, die den politischen Mord

ihrem Zweck dienlich mache. Hier handelt es sich um Attentate, die am grünen Tisch ausgeführt waren und sich nicht gegen Männer richteten, die etwa das Volk bis aufs Blut gequält haben, sondern gegen Persönlichkeiten, die sich die Republik zu ihren Führern gewählt hat. Wir fordern, daß das Gesetz mit aller Schärfe gegen diejenigen angewandt wird, die die neue Staatsform bekämpfen. Darum ist für uns von ausschlaggebender Bedeutung das Verhältnis der Laienrichter zu den Berufsrichtern im Staatsgerichtshof. Wir verlangen, daß diese Laienrichter unerschütterlich auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie stehen. Unsere endgültige Stellungnahme zum Gesetz hängt davon ab, was in der deutschen Politik geschieht und in welcher Weise die übrigen Gesetze zum Schutze der Republik verabschiedet werden. Wenn Sie (nach rechts) auf unsere Stimme nicht hören, dann werden wir dafür sorgen, daß die Massen selbst sprechen, und dann werden Sie von Millionen den einen Ruf hören: Der Feind steht rechts! (Lebhafter Beifall bei den NSD.)

Dr. Vell (Z): Ausführungen, wie die des Abg. Gräßl, sind nicht geeignet, der Ruhe und Sicherheit zu dienen. Herr Gräßl hätte seiner Partei einen großen Dienst erwiesen, wenn er seine Rede in seinem Bufen bewahrt hätte. (Sehr richtig! Goldene Bronzeflationen sind geeignet, die Katastrophe herbeizuführen. Sollen wir warten, bis auch der letzte republikanische Minister von Mordhand gefallen ist? Greif niemals in ein Wespennest; doch wenn du greiffst, so greife fest! Das gilt auch gegenüber den Mordorganisations. Der Schutz der Republik ist unser Bestreben. Wir wollen deshalb nicht davor zurücktreten, gegen die Geheimorganisationen vorzugehen. Die Minister zu schämen, ist unsere Ehrenpflicht.

Kahl (DVP): Wir rechnen auf eine vorurteilslose Prüfung unserer Anträge. Mit dem Gesetz kann man zwar gegen Mordverbrechen etwas ausrichten, aber Bestimmungen können damit nicht gefördert werden. Wenn die reaktionäre Richtung so wilde Formen annehmen konnte, dann verstanden das neben anderen auch die politischen Methoden, die sich in drei Jahren nicht genug daran tun konnten, das geschichtlich eingestufte deutsche Volkstum in seinen wertvollen Erinnerungen zu verkehren. (Lärm links.) Im Unglück sollte ein Volk seine Farben nicht herunterholen. (Zurufe links.) — Der Redner bittet den Präsidenten, den Zurufen Einhalt zu tun. Vizepräsident Dittmann fordert den Redner auf, nicht so provozierend noch links zu sprechen. (Stürmische Zurufe: Unerbitt! Parteipräsident!) Wir sind bereit, an einem Gesetz zum Schutze der Republik mitzuwirken, lehnen aber ein Gesetz ab, das die staatsbürgerliche Gesinnung knebelt.

Schilling (DVP): Bei den Beratungen im Ausschuss hat mich ein Gefühl tiefer Beschämung darüber erfasst, daß ein solches Gesetz in Deutschland notwendig geworden ist. Das ist notwendig ist, ergibt sich daraus, daß, wie ich mit von untrüger Seite habe sagen lassen, mit dem Attentat auf Rathenau nicht weniger als 80 Personen in Verbindung stehen. Der Kritik des Abg. Dr. Vell an der Rede des Abg. Gräßl schreibe ich mich an.

Emminger (DVP): Wenn heute eine Volksabstimmung in Bayern stattfände, dann würden etwa 80 Prozent für die Monarchie stimmen. (Bewegung. Hört, hört! links.) Es sind viele Unstimmigkeiten im Lande verbreitet. Trotz aller objektiven Arbeit im Ausschuss bin ich doch der Ansicht, daß das Gesetz ein Ausnahmengesetz und ein antimonarchistisches Gesetz ist.

### Reichskanzler Dr. Wirth:

Ich habe mir sagen lassen, daß der Abg. Willeit im Auftrage seiner Partei verlangt hat, daß dieses Gesetz in dritter Lesung erst dann verabschiedet werden soll, wenn auch die übrigen Gesetze zum Schutze der Republik zur Entscheidung herangeführt sind. Demnach ist also der Wunsch des Abg. Emminger bereits verabschiedet. Wenn aber jemand eine Begründung dafür gegeben hat, dieses Gesetz rasch zu verabschieden, dann waren Sie es, Herr Abg. Emminger. (Sehr richtig! links.) Ich will nur auf einen verhängnisvollen Satz hinweisen, den der Abg. Emminger in seiner Rede gebraucht hat, als er von dem Mord der Grazer, dem Grafen Arco, sprach. Mit einer gewissen Betrübtheit muß ich aber feststellen, daß es in Bayern Personen gibt, von denen man es ihrem Werte nach nicht für möglich halten sollte, daß sie dieser Mord verherrlichen. Das muß ich aufs tiefste betonen. Im Entschluß an keine Ausführungen inbezug auf den Mord Arco hat der Abg. Emminger gesagt, solche Sachen würden wir noch öfter vor dem Staatsgerichtshof zu verhandeln haben. — Wenn damit gesagt sein sollte, daß wir in absehbarer Zeit noch mit einer Häufung politischer Morde zu rechnen haben. (Stürmischer Widerspruch rechts. Zurufe . . .) Wir sind uns klar darüber, daß die Aera der politischen Morde das Ende unseres Vaterlandes wäre. (Allgemeine Zustimmung.) Der erwähnte Satz des Abgeordneten Emminger allein hat mich veranlaßt, das Wort zu nehmen. Es können keinen politischen Erregung kommen, und sie waren da, und ich will Ihnen ein Beispiel geben, wie es die Pflicht aller Staatsbürger ist, unbeschadet ihrer politischen Ueberzeugung sich hinter die Regierung zu stellen. — Der Reichstanzler verliest dann einen Brief des „Bundes der Kaisertruen“ vom 13. November 1818, der an „Seine Erzellenz den Herrn Reichskanzler Cber“ gerichtet wurde. In dem Schreiben wird zum Ausdruck gebracht, daß der politische Umsturz sich in Berlin, abgesehen von einzelnen Auskehrungen, in unmittelbarer Nähe und Ordnung vollzogen hat, und daß es Pflicht sei, die zu unterstützen, die für Ruhe und Ordnung sorgten. Die Unterstützung der gegenwärtigen Regierung sei um so notwendiger, als die Volkswirtschaft alles daran setzen würden, um die Herrschaft an sich zu reißen. Ich habe mit einer großen Anzahl von Herren dieses Hauses in der letzten Zeit politische Gespräche geführt. Haben Sie nicht alle während der Ernennung Rathenau's und der sonstigen Vorkommnisse des letzten Jahres gefühlt, daß bei dem Aufleben der politischen Morde in Deutschland das Leben zu einer absoluten Unmöglichkeit gemacht wird? Sie befürchten das. Wenn dann Befürchtungen geäußert werden, wie sie der Abgeordnete Emminger im Anschluß an den Fall Arco geäußert hat, dann ist es Zeit, daß man ein solches Gesetz nicht nur auf möglichst breiter Grundlage macht, sondern auch als bald verabschiedet. Man muß sich hüten, bei solchen elementaren Ausbrüchen des Volkes einen Tag zu spät zu kommen. Am 9. November war in München eine Versammlung, die die Augen geschlossen hatte. Sehen Sie denn nicht, daß in den Gebieten Deutschlands, wo Sieher die Revolution vom 9. November kann irgendwelche Schäden hinterlassen hat, wie in Darmstadt, in meiner badischen Heimat und anderswo, gerade jetzt eine elementare Bewegung durch die unteren Schichten des Volkes gegangen ist, die jetzt an den 1. November erinnert! (Rufe rechts: Durch Aufhebung!) Die Aufhebung war nicht nötig in dem Sinne, wie Sie es meinen. Der Glaube hatte in breiten Schichten der Bevölkerung Eingang gefunden, daß es der Regierung und den Führern der politischen Parteien nicht erst zu tun mit der Ordnung sei. (Sehr wahr! links.) Glauben Sie vielleicht, daß diese Vorkommnisse irgendwelche von uns schädigt werden konnten? (Zurufe: Vorbehalten!) Aber entgegen dem steht eben: gefährliche Grundgesetze können, um mit der Verfassung zusammen, die tatsächlich vorhanden ist. (Beifall links.) Ich gebe noch einen Schritt weiter: Die deutsche Republik ist nicht lebensfähig, wenn sie vor der Gewalt durch eine untergeordnete Macht geschützt wer-

den muß. Daher ist es unbedingt nötig, diesem Gesetz Geltung zu verschaffen. Der Abgeordnete Emminger hat in seiner Kritik zahlreiche Ueberreibungen gemacht. Ist denn der Staatsgerichtshof etwas Neues? Es ist nicht wahr, daß der Staatsgerichtshof als Revolutionstribunal bezeichnet werden kann. Ein angesehenes Organ der bayerischen Volkspartei hat erst jetzt wieder eine Verschärfung des Kampfes gegen Berlin proklamiert. Man lese nur im „Regensburger Anzeiger“ in einem Artikel die Ueberreibungen, die ihresgleichen suchen, wenn es heißt, daß wir es seien, die gegen die bayerische Regierung gekämpft hätten. Ich bin aus Baden hierher gekommen und verleihe das Gefühl der Selbstständigkeit eines Landes. Aber wenn mit jedem Abmangel gekämpft wird, die Reichsmündigkeit wachse in Bayern und der deutschen Republik zugeführt wird: „Bis hierher und nicht weiter!“ und wenn das bayerische Volk vor die Frage gestellt wird, ob es am Reich festhalten will, kann man sich nicht wundern, wenn ähnliche Fragen auch anderswo gestellt werden. Die Gegenfrage, von denen immer wieder gesprochen wird, bestehen in Wirklichkeit nicht. Das Werk der Rettung Deutschlands kann nicht das Werk einer Klasse sein, auch nicht der Arbeiterklasse allein, sondern alle Schichten unseres Volkes müssen daran mitarbeiten. Wenn aber diese Zusammenarbeit in empfindlicher Weise immer wieder gestört wird, wie beim Rapallo-Vertrag, wo dem Minister Rathenau Ehrlosigkeit vorgeworfen wurde, dann ist diese Rettung eine politische Unmöglichkeit. (Zwischenrufe rechts.) Ob ich von meiner Fraktion abgeschüttelt werde, das überlassen Sie nur meiner Fraktion selbst. Die Zusammenarbeit aller Schichten und Klassen unseres Volkes ist nie so notwendig gewesen. Wenn wir die Gelegenheit veräumen, um die Atmosphäre unseres Volkes zu entspannen, und wenn dann vielleicht ein neues Unglück über uns hereinbricht, so ist das eine ungeheure Gefahr, die staatliche Autorität Deutschlands aufrecht zu erhalten. (Zuruf rechts: Das heißt den Teufel an die Wand malen!) Machen Sie doch keine solchen sinnlosen Zwischenrufe. Das Reparationsproblem und die politische Spannung zermürben unser Volk. Wir sind in Not, wie noch nie. Sie ist sogar zu einer bedenklichen Nervenanspannung gestiegen. Eine Forderung unserer Partei hätte nur Nebenregierungen auf den Plan gerufen, wie Sie sie (nach rechts) doch nicht haben wollen, die wir aber durch unser schnelles Handeln ausgeschaltet haben. Auch ich bin der Ueberzeugung, daß wir mit diesem Gesetz keine Republik gründen können, aber das ist auch nicht der Sinn des Gesetzes. Wir wollen vielmehr mit dem Gesetz gegen die vorgehen, die der deutschen Republik mit Gewalt an Leben wollen.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch: Die Verhängung des großen Belagerungszustandes hätte nichts ausgeschaltet. Man würde den Belagerungszustand einmal wieder aufheben müssen und die Wille und Heining würden weiter treiben, und wir hätten in einigen Tagen und Wochen eine neue Morbidität. Wir brauchen daher ein Dauergesetz. Der Redner begründet dann Bestimmungen des Gesetzes mit juristischen Fassungen einzelner Bestimmungen des Gesetzes mit juristischen Ausführungen und dankt dem Reichsrat und Reichsausschuss für die rasche und gründliche Arbeit, die sie in diesen Tagen geleistet haben.

Nachdem noch Dr. Herzfeld (Komm.) in einer einseitigen Rede vor leeren Bänken die Notwendigkeit einer Arbeiterregierung zur Beseitigung der Mordorganisations begründet und Emminger (DVP) einige „Mißverständnisse“, auf die der Reichstanzler angeblich keine Rede aufgebaut haben soll, „richtiggestellt“ hat, verläßt sich das Haus auf Mittwoch, 2 Uhr, Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik, beginnend mit der Abstimmung über den § 1.

Schluß 9 1/2 Uhr.

### Sprengmunition im Reisekoffer.

Halle, 11. Juli. (LU.)

Auf dem Bahnhof Stendal wurde ein Reisekoffer beschlagnahmt, der unter Moos und Lannenzweigen 2 Zentner Sprengmunition unterhielt. Es gelang, den Besitzer des Koffers, einen Maler aus München, festzunehmen. Auf der Station Neuken wurde dann noch ein weiterer Korb mit 2 1/2 Zentnern Sprengmunition beschlagnahmt.

Aus Potsdam wird uns mitgeteilt: Auf ein geheimes Waffenversteck stieß der bei dem Gutsbesitzer Barsikow in Barnewitz beschäftigte Schweizer Otto Meier. Als er vom Heuboden über dem Kuhstall Heu hinunterwarf, fand er im Heu versteckt zwei Säcke, die je 17 Stück gut erhaltene Militärgewehre enthielten.

### Der Buchdruckerstreik beendet.

Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Berliner Buchdrucker verlief schnell und ziemlich glatt. Zunächst gab es den Bericht von den Verhandlungen mit den Vertretern der Prinzipale. Das Resultat ist niedergelegt in folgender

#### Vereinbarung.

Die Arbeit in Berlin wird am Mittwoch früh, wo das nicht möglich, mit tunlichster Beschleunigung wieder aufgenommen. Vom Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit ab gelten die Teuerungszulagen, die der Tarifausschuss am 11. Juli festsetzen wird. Bei Wiederaufnahme der Arbeit erhalten die männlichen Arbeiter 300 Mark, die weiblichen Hilfsarbeiterinnen 250 Mark, die Jugendlichen unter 17 Jahren 150 Mark. Wo Zahlung nicht sofort möglich, kann nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat auch in zwei Raten gezahlt werden. Die Sonderforderungen der Rotations sind zu erfüllen. Ueber Sonderzulagen für Berlin hat nur der Tarifausschuss zu beschließen. Streikklage werden nicht bezahlt. Maßregeln finden beiderseits nicht statt. Arbeitswoche sei auf Grund der Streikunterbrechung nicht stattfinden. Ueberstunden sind namentlich zwecks Nachholung der liegengebliebenen Arbeit unter Berücksichtigung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zu leisten.

Nach kurzer unwesentlicher Debatte wurde folgende Entschließung gegen eine Stimme angenommen:

#### Entschließung:

Die am 11. Juli tagende Generalversammlung beschließt: „Auf Grund der Verhandlungen, unter Anerkennung der von Anfang an aufgestellten Forderung von 300 Mark und Fallentlastung aller Maßregelungsgefälle, beschließt die Generalversammlung ab Mittwoch, den 12. Juli, die Wiederaufnahme der Arbeit.“

Die Arbeit ist geschlossen aufzunehmen. Die Generalversammlung spricht allen Mitkämpfern ihren Dank für mutiges Aushalten aus. Der Vorstand wird unbedingt verpflichtet, die Einzelereignisse und Einzelerfahrungen in diesem Kampfe genau zu prüfen und gegen aller Außenseiter alle notwendigen Schritte zu unternehmen. Insbesondere ist die Frage der Angestellten soweit sie Verbandsmitglieder sind, einer endgültigen Klärung entgegenzuführen.

# Arbeitsgemeinschaft „Müller“.

SPD. Berlin, 11. Juli.

Ein Kundiger schreibt uns: Die Arbeitsgemeinschaften sind die Handlanger der Reaktion. Ich will hier die Verhältnisse der in Klein-Radlow, Kreis Labes in Pommern, stationierten Arbeitsgemeinschaft „Müller“ schildern, der ich selbst angehörte.

Was treibt diese von der Reaktion so dankbar unterstützte Truppe, und welche Kräfte sind darin vertreten?

In Berlin W., Kalkreuthstraße 16, befindet sich das Bureau dieser Leute, hier werden die Opfer, die sich der Arbeitsgemeinschaft anschließen wollen, angeworben. Bedingung: treuherzige Gesinnung, ledig und eine minimale Löhnung. Sobald die Leute nach Labes bzw. nach Klein-Radlow kommen, werden sie einem Transportführer zugeteilt und müssen „Landarbeit“ verrichten, d. h. im geeigneten Augenblicke die von der Reaktion so ehrenwert gefundene Streikbrecherarbeit leisten. Gegebenenfalls werden ihnen auch Gewehr, Munition, Handgranaten und Maschinengewehre anvertraut, um in ein Kasernierungsgebiet geschickt zu werden, zu räubern und die Kasse der Arbeitsgemeinschaft zu füllen, wie es 1921 in Oberschlesien der Fall war, wo man Kutischen, Maschinengewehre, Pferde usw. nach Labes schickte. Die Führer dieser Räuberbande waren der sich „königlich preussisch“ nennende Oberleutnant a. D. Schäfer und ein Leutnant Klingendorfer.

Ich schildere nun die Entwicklung dieser so „glänzend bewährten“ Truppe. Einem einzelnen Trupp steht ein Truppenführer vor, der zum mindesten Unteroffizier gewesen sein muß; mehrere Trupps bilden eine Gruppe. Diese werden von Gruppenführern inspiert (Gruppenführer werden nur Fähnriche oder ehemalige Schüler des Kadettenkorps Groß-Lichterfelds.) Mehrere Gruppen werden in Kreisgruppen eingeteilt und unterstehen einem Kreisgruppenführer (Leutnant oder Unterleutnant a. D.). Die ganze Leitung führt der Leutnant a. D. Müller sowie Oberleutnant zur See Helmut Förste, dessen Stabsquartier in der Gastwirtschaft von Wilhelm Zahn, Klein-Radlow ist. Den Vorsitz führt ein Herr v. Blücher in der Nähe von Labes.

Ein treuer Berater der beiden Leiter ist der Reichstagsabgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei Wille Jandrey, welcher in Klein-Radlow wohnt, und der bei dem von ihm abgehaltenen Versammlungen seine „Schutztruppe“ aus der Arbeitsgemeinschaft zusammenstellt, die auf der Schreibstube der Arbeitsgemeinschaft mit dem sogenannten „Kunze-Toschläger“ ausgerüstet werden. Bemerkenswert ist noch, daß Herr Jandrey Amtsvorsteher in diesem Amtsbezirk ist.

Was treibt nun der Leiter „Leutnant Müller“? Er ist dauernd unterwegs. Meist ist er in Müritzen, Berlin und Stettin, und zwar gewöhnlich in Stettin im Bureau des Pommerschen Landbundes, wo Herr v. Drewitz und ein ehemaliger Generalmajor residieren. Von hier aus erhält die Arbeitsgemeinschaft Müller die finanzielle Unterstützung. In Labes unterstützt Herr Mühlensberger Jung und der Geschäftsführer der Deutschnationalen Bank die Arbeitsgemeinschaft.

In der Organisation unterstützt die Arbeitsgemeinschaft dem aus dem Rapp-Butsch berückichtigten Hauptmann Auerbach-Stettin, der auch durch den Kurier Siegfried Kalfke (ehemaliger Groß-Lichterfelds Kadett) die Verbindung mit dem „Fürsten“ Awa-Loff Bismarck und dem Grafen v. d. Goltz, den berückichtigten Salzkämpfern, aufrechterhält.

Im Reichstage mußte Herr Jandrey einmal gefragt werden, wo die von der Arbeitsgemeinschaft Müller aus Oberschlesien mitgebrachten Maschinengewehre geblieben sind, die auf der Schreibstube der Arbeitsgemeinschaft Müller von dem Kurier Siegfried Kalfke, dem Gruppenführer Janzen und dem ehemaligen Unteroffizier, jetzigen Schreiber der Arbeitsgemeinschaft, eingekauft wurden? Sollte vielleicht Herr Jandrey diese Kleinigkeit vergessen haben? Es könnte sein Gedächtnis damit etwas aufgefrischt werden.

## Die Attentäter Hardens.

10 000 Mark Belohnung!

Die Abteilung IA des Polizeipräsidiums veröffentlicht folgende Fahndung.

Am 3. Juli 1922 abends gegen 8.30 Uhr wurde der Schriftsteller Maximilian Harden auf dem Heimwege von einem Spaziergang kurz vor seiner Wohnung in der Dachsbergstraße im Grunewald von rückwärts überfallen und durch Schläge mit einem sogenannten Totschläger schwer verletzt. Täter sind:

1. Der landwirtschaftliche Beamte Herbert Weichardt aus Oldenburg, der sich bereits im Gewahrsam der Polizei befindet.
2. der Kaufmann, früher Oberleutnant Walter Ankeremann, 21. April 1892 in Königsberg i. Pr. geboren, in Oldenburg, Bahnhofsweg 3 wohnhaft, zuletzt in Berlin-Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 57, Gartenhaus 3 Treppen, bei Frau Brückner unangemeldet aufhältlich gewesen.

Ankeremann, der im Berliner Westen unter dem Namen Hagen auftrat und zurzeit flüchtig ist, wird wie folgt beschrieben: etwa 1,70 Meter groß, mittelkräftige Gestalt, blondes zurückgekämmtes, etwas gelichtetes Haar, ovales, gebräuntes Gesicht, Aufzug von Schnurrbart, besondere Kennzeichen: Menstruationsring auf der linken Hand. Bekleidet war Ankeremann zur Zeit der Tat mit graubraun meliertem einreihigen auf Taille gearbeiteten Anzug, weißem Stehkragen mit umgebogenen Ecken, dunklem schmalen gebundenen Selbstbinder und dunklem weichen Filzhut.

Obige Belohnung von 10 000 Mark wird demjenigen zugeteilt, der zur Ergreifung des Täters beiträgt.

Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, sind zu richten an das Polizeipräsidium Berlin, Abteilung IA, Sausanruf 305, 300 und 617.

## Hilfe für die Presse!

SPD. Berlin, 10. Juli.

Der Reichstag hatte bekanntlich am Sonnabend den Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage abermals einem Unterausschuß überwiesen, um am Montag mittag endgültig zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Anschließend an diese Ausschuß-Sitzungen fand am Montag unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers, Genossen Schmidt, eine neue Vollsitzung des Reichsrats statt, in der Ministerialdirektor Nobis, Bericht erstattete. Zunächst wies er darauf hin, daß entgegen allen anderslautenden Meldungen im Reichstag von Anfang an Übereinstimmung darüber bestand, daß Maßnahmen notwendig sind, um die wirtschaftliche Not der Presse bekämpfen zu können. Die Frage sei nur gewesen: Wie läßt sich das Problem lösen? Die Regierung hatte vorgeschlagen, daß die Länder zur Unterstützung der Presse eine Kottasse einrichten und in diese 8 Mark pro Kopf der Bevölkerung einzahlen sollten. Den Ländern sollte es überlassen bleiben, diesen Betrag auf die Presseproduzenten umzulagern. Auf diese Weise hoffte man, 500

Millionen Mark aufbringen zu können. Die Länder lehnten aber diesen Vorschlag ab. Jetzt ist sich der Ausschuß des Reichsrats schlüssig geworden. Es soll zur Deckung des Betrages eine Ausfuhrabgabe von 2 1/2 pro Mille erhoben werden. Die Befugnisse der Regierung hinsichtlich der Preisregelung sollen erweitert werden, insbesondere durch Ermächtigung zur Bildung von Vereinigungen der Zellstoff-, Holzstoff- und Druckpapierfabrikanten, die bei den behördlichen Maßnahmen zur Preisfestsetzung mitwirken haben. Das Gesetz soll vorläufig bis zum 31. Dezember 1923 gelten und in der Hauptsache die kleine und mittlere Presse unterstützen.

Ohne Aussprache wird folgender Antrag Preußens mit 44 gegen 22 Stimmen angenommen:

„Bei der Veräußerung von Holz durch die zur Gewinnung des Holzes von forstwirtschaftlichen Grundstücken Berechtigten wird eine Abgabe von 1/2 Prozent des Verkaufspreises erhoben. Rughölzer von forstwirtschaftlichen Grundstücken unter zehn Hektar bleiben von der Abgabe frei. Die Erhebung der Abgabe liegt den Ländern ob, die auch die hierzu erforderlichen Vorschriften zu erlassen haben. Die Reichsfinanzverwaltung hat auf Verlangen eines Landes die Veranlagung und Erhebung dieser Abgabe zu übernehmen. Die Abgabe ist nach Abzug der Eingehungssteuern an die Rückvergütungskasse für die deutsche Presse abzuliefern. Die Rückvergütungskasse besitzt Rechtspersönlichkeit.“

Die Ausfuhrabgabe wird auf 1 1/2 pro Mille herabgesetzt, so daß nunmehr die im preussischen Antrag vorgesehene Abgabe von 1 1/2 Proz. von allen Holzverkäufen und außerdem eine Ausfuhrabgabe von 1 1/2 pro Mille zugunsten der Rückvergütungskasse für die deutsche Presse abgeliefert werden müssen.

Mit diesen Änderungen wurde die Regierungsvorlage angenommen, die nun hoffentlich recht bald dem Reichstag überwiesen und von diesem erledigt wird.

## Eine Reichswehr-Provokation.

An das Reichswehrtruppenkommando in Kassel, den Reichswehrminister und den Reichskanzler ist folgendes Protestschreiben abgegangen, das vom Zentrum, der Demokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei Kassels unterzeichnet ist:

Kassel, den 7. Juli 1922.

Am Dienstag, dem 27. Juni 1922, war aus Anlaß des Todes Rathenaus hier nachmittags eine mächtige Kundgebung der drei in der Regierung vertretenen Parteien, an der wohl 60 000 Personen teilnahmen.

Am Tage darauf in der um 7 Uhr früh erscheinenden Ausgabe der hiesigen nationalistischen Zeitung und beziehungsweise in dieser als ein, bestand sich im lokalen Teil die Nachricht,

daß am Vormittag dieses Tages

die aus Ohrdruff, dem Thüringer Hebungslager, zurückkehrenden Truppen aus Müritzen und Paderborn durch bestimmte Straßen der Stadt Kassel ziehen würden. Der Zweck dieser Mitteilung liegt auf der Hand; die nationalistisch genommene Einwohner Kassels sollten damit eingeladen werden, sich in den genannten Straßen zu sammeln, um sich am Anblick der militärischen Demonstration für ihre Bestrebungen zu stärken.

Ganz zweifellos war der Offizier, der der nationalistischen Zeitung die Mitteilung von dem Durchzug der Truppen übermittelte, im Einverständnis mit der Zeitung, die die Führung der hiesigen nationalistischen Kreise hat.

In der Tat verließ der Durchmarsch ganz nach dem angekündigten Zeitungsprogramm, und zwar mit

klingendem Spiel,

wobei die Hauptverkehrsstraße, die Königstraße, in ihrer ganzen Ausdehnung zum Schauplatz der militärischen Kundgebung wurde. Voran heriterten Truppen, dann Infanterie und Artillerie mit Geschützen, Maschinengewehren usw. usw.

Als der erste Zug der Infanterie unter den Klängen von: „Ich bin ein Preuze“ und anderer Weisen die Königstraße neben dem Friedrichsplatz passierte, rief einer der ältesten Kasseler Bürger den hinter der Kapelle reitenden kommandierenden höheren Offizier laut und verständlich im Mitteln neben dem Pferde wie folgt an: „Wie können Sie angeführt werden in dieser Trauer, die das Volk anlässlich der Ermordung Rathenaus bedrückt, die Musik spielen lassen? Das ist eine unerhörte Rücksichtslosigkeit und eine unerhörte Herausforderung! Ich ersuche Sie, das Musizieren einstellen zu lassen!“

Der Offizier sah den Anrufenden mit kaltem höhnischen Blick an, gab seinem Pferde zu rascherem Gange die Sporen, und die Musik spielte weiter.

Dem kommandierenden Offizier einer weiteren folgenden Truppe wurde das selbe gesagt mit dem gleichen negativen Erfolg.

Es scheint also, daß für die Truppen der Republik es gleichgültig, völlig gleichgültig ist, wenn der die Republik vertretende Staatsmann hingerichtet wird. Daß diese durchmarschierenden Truppen auch nicht eine einzige Reichsfahne tragen, genau wie es bei den jetzt einmarschierenden Truppen in Oberschlesien der Fall gewesen, ist fast selbstverständlich. Freilich in Oberschlesien führten die republikanischen Truppen Deutschlands sogar die Farben des Kaiserreichs, worauf die Ententebefehlshaber erklärten, daß, falls die republikanischen Fahnen nicht sofort an die Stelle der schwarz-weiß-roten treten würden, man den Einzug der deutschen Truppen und die Uebergabe Oberschlesiens verweigere!

Wer ist nun für den Skandal des Durchmarsches von Truppen mit klingendem Spiel unter den gegebenen Verhältnissen verantwortlich? Wenn behauptet wird, die Reichswehr sei unpolitisch, so ist das eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Wo ist die erforderliche Tatkraft der Leitung, wo die politische Sehkraft, wo das Tatgefühl im Interesse der Republik? Die Truppe der Reichswehr ist keine Stütze der Republik!

Sondern eine Gefahr!

Sähe man auch nur im entferntesten auf die Gefühle des Volkes in seiner großen Mehrheit Rücksicht genommen, so würde man auf mindestens acht Tage jede Militärmusik verboten haben. Das war eine Forderung des Anstandes zur Wahrung der Würde der Republik.

Die Nachgiebigkeit, die Lauheit, die Schwäche, die ängstliche Anpassung, die Konvention gegenüber unberechtigten Forderungen, die aus der Vergangenheit herrühren, alle diese Mängel sind mit Schuld an den Mordanschlägen und an den Attentaten auf den Geist der republikanischen Regierungsjorn.

Wir verlangen die restlose Entlassung und Pensionierung aller Offiziere und deren Ersatz durch gediente Feldwebel, Hauptwebel und sonstige Unteroffiziere, deren Tüchtigkeit außer Frage steht und die wirklich von republikanischer Gesinnung erfüllt sind. Die Sicherheit der Republik bedingt diese Maßnahme. Wir haben keine Kriege mehr zu führen und wollen keine mehr führen, wir wollen den deutschen Rechtsstaat, er allein kann uns den inneren und äußeren Frieden verschaffen.

Wir verlangen ferner, daß alle pensionierten Offiziere und Militärbeamten bei Empfangnahme ihrer Ruhestandsbesoldung eine vorgedruckte Erklärung zu unterzeichnen haben, in der sie sich gleichgültig verpflichten, sich bei Strafe des Verlustes ihrer Pension an keinerlei weiteren Vorkommnissen zu beteiligen, die sich direkt

oder indirekt gegen die Republik richten, ferner die Verfassung des Reichspräsidenten und der republikanischen Regierung auf das gewissenhafteste zu befolgen, jeder Tätigkeit gegen das Bestehen der Republik in Wort und Schrift sich zu enthalten und die Abzeichen und Symbole der Republik zu achten und zu ehren.

Sozialdemokratische Partei. Demokratische Partei.  
gen. Strune. gen. Knochel.

Zentrumsparlei.  
gen. Henrich.

## Volkswirtschaft.

Deutschlands Sachleistungen aus dem Friedensvertrage.

Zunmer noch stellt die Ententepresse und insbesondere die französische die Behauptung auf, daß Deutschland so gut wie nichts getan habe zur Erfüllung der Friedensvertragsverpflichtungen. Daß diese Behauptungen in vollkommener, wohl zum Teil absichtlicher Unkenntnis erhoben werden, beweist die nachstehende Uebersicht über die Sachleistungen, die bis Ende März d. J. auf Grund des Teiles 8 (Wiedergutmachungen) des Versailleser Vertrages seit Beginn des Waffenstillstandes von Deutschland an die Ententemächte getätigt wurden.

Es wurden geliefert:

Farben	für 49 353 864 Goldmark
Medizinische Präparate	für 11 558 641 Goldmark
Kohlen	für 987 619 017 Goldmark
Kohlennebenprodukte	für 21 552 479 Goldmark
Viehlieferungen	für 171 816 756 Goldmark
Loewener Bibliothek	für 1 052 200 Goldmark
Bilder für Belgien	für 12 000 000 Goldmark
Lieferung des Reichskommissars für Wiederaufbau etw. Schl. Strafkategorie	66 688 145 Goldmark

zusammen: 1 321 641 102 Goldmark

Außer diesen Leistungen wurden in dem gleichen Zeitraum u. a. noch 150 000 Wagen und 5000 Lokomotiven im Werte von 1,10 Milliarden Goldmark geliefert.

Im folgenden sind die Lieferungen zusammengefaßt:

1. Vieh	für 23 501 722 Goldmark
2. an Maschinen u. Ind.-Material	für 265 861 000 Goldmark
3. an Beutewagen	für 97 307 000 Goldmark
4. an Rückgabe von Wert:	
a) an Frankreich:	8 233 661 973 Francs
b) an Belgien:	1 717 168 479 Papiermark
	8 456 373 Francs

Insgesamt sind daher vorläufig Sachleistungen im Werte folgender Beträge bewirkt worden:

1.	2 808 210 824 Goldmark
2.	1 753 931 288 Papiermark
3.	8 234 691 973 frz. Francs
4.	8 456 373 belg. Francs

Die Behauptung, das deutsche Volk sabotiere systematisch den Versailler Vertrag, kann hiernach nicht mehr länger aufrecht erhalten werden, zumal die hier angeführten Summen die Parzelle sind, die Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren, den Wert des deutschen liquidierten Eigentums im Auslande, den Wert des Reichseigentums in den abgetretenen Gebieten, die Handelsflotte usw. — Werte im Gesamtbetrage von jährungsweise rund 45 Milliarden Goldmark — garricht berücksichtigen.

Demgegenüber müßte es höchst seltsam an, wenn in Beantwortung einer Frage des kommunistischen Abgeordneten Casin der französische Finanzminister am 4. Juli 1922 mitteilt, daß Deutschland vom Waffenstillstand bis Ende März 1921 Sachleistungen im Werte von 2958 Millionen Goldmark bewirkt habe. Da immerhin doch angenommen werden müßte, daß dem französischen Finanzminister auch die Leistungen bekannt sein dürften, welche Deutschland bis zum 31. März 1922 getätigt hat.

## Diebmärkte.

Samburg, 11. Juli.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird mitgeteilt:

Rälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Rg. Lebendgewicht: Doppellender 4800—4600 M., feinste Mastkälber 3800—4200 M., mittlere Mastkälber 3200—3700 M., geringere Kälber 2200—3000 M., mädlerne Kälber 2400—2600 M., Zufuhr: 1480 Kälber. Das Geschäft war lebhaft.

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Rg. Lebendgewicht: Beste Fetteschweine über 250 Pfd. 6800—6900 M., mittlere Schweine über 220 Pfd. 6600—6700 M., gute leichte Ware von 180 bis 220 Pfd. 6400—6500 M., geringere Ware 5800—6300 M., beste Sauen 6400—6600 M., geringere Sauen 5800—6200 M., Zufuhr: 2260 Schweine. Das Geschäft verlief mit schwerer Ware lebhaft, mit leichter Ware langsam.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 12. Juli.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		11. Juli.	10. Juli.
Amsterdam	100 fl.	1876,35	2047,35
Brüssel (Antwerpen)	100 Fr.	8710,35	9295,05
Kristiania	100 Kr.	7940,05	8714,05
Kopenhagen	100 Kr.	10486,85	11466,85
Stockholm	100 Kr.	12584,30	13662,90
Helsingfors	100 finn. Mk.	1188,60	1188,55
Rom	100 Lire	2194,25	2327,05
London	1 £	2157,30	2347,05
New York	1 Doll.	480,39	527,38
Paris	100 Frs.	3685,10	4114,55
Zürich	100 Frs.	9188,50	10087,55
Madrid	100 Pesetas	7455,65	8199,70
Wien	100 K.	1,95 1/2	2,15
Prag	100 K.	1188,50	1158,55
Budapest	100 K.	35,20	39,20

## Schiffsverehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 11. Juli: D. Mobil von Neustadt in 2 Std., S. 8564 von Neustadt in 2 Std., E. 923 von Neustadt in 2 Std., S. Großherzogin Elisabeth von Ederförde in 5 Tg., S. Jda Alberts von Rastow in 8 Tg., D. Skirner von Flensburg in 1 1/2 Tg., D. Dortmund von Leith in 5 Tg., D. Leland von Gaderleben in 2 Tg. 12. Juni: D. Lübeck von Kopenhagen in 14 Std., D. Wiking von Flensburg in 1 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikassier Lübeck und Heiligenstein Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interne Heinrich Steinberg, Verleger; Heinrich Steinberg; Druck von Friedrich Meyer & Co. Lübeck in Lübeck.



## Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 12. Juli.

### Der Senat und die Forderungen der Arbeiterschaft.

Das in der letzten Bürgerchaftssitzung verlesene Senatsdekret über die Forderungen der Arbeiterschaft hat folgenden Wortlaut: In ihrer Verammlung vom 4. Juli 1922 hat die Bürgerchaft an den Senat den Antrag gerichtet, er möge Folgendes veranlassen: 1. In Lübeck sind die Verordnungen und Gesetze zum Schutze der Republik rücksichtslos anzuwenden. 2. Allen Beamten und Angestellten im Staatsdienst ist jede antirepublikanische Tätigkeit ausdrücklich zu verbieten. Jeder Verstoß gegen Verordnungen und Gesetze zum Schutze der Republik ist mit sofortiger Dienstentlassung zu bestrafen. 3. In den Schulen ist jede offene oder geheime monarchistische Propaganda Lehrern und Schülern streng zu untersagen. Allen Lehrkörpern wird es zur Pflicht gemacht, ihre Schüler zu Achtung und Liebe für die Republik zu erziehen. 4. Sämtliche dynastischen Straßennamen sind abzuändern in Straßennamen zu Ehren der Republik. Insbesondere sind sofort zu ändern die Kaiser-Wilhelm-Straße in „Straße der Republik“, die Wittelsbacherstraße in „Erzbergerstraße“, die Hohenzollernstraße in „Rathenauststraße“. Auch die anderen Umbenennungen sind umgehend vorzunehmen. 5. Den „Lübeckischen Anzeiger“ ist sofort der Charakter als Amtsblatt zu nehmen. 6. Die Bürgerchaft beschließt die Einsetzung eines fünfgliedrigen Ausschusses zur Überwachung der Durchführung der in Lübeck besonders geschaffenen Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Republik. Außerdem hat die Bürgerchaft den Senat ersucht: bei zukünftiger Straßennennung der Geschichte der Gegenwart Rechnung zu tragen und sich hierbei auch der Namen führender Männer der Republik zu bedienen.

Hierzu bemerkt der Senat folgendes: Zu 1. Die rücksichtslose Anwendung der Verordnungen und des zu erwartenden Gesetzes zum Schutze der Republik entspricht durchaus der staatsrechtlichen Verpflichtung und demgemäß auch der Absicht des Senates, der insbesondere auch das Polizeiamt mit entsprechender Anweisung versehen hat und nach Erlass des Gesetzes zum Schutze der Republik noch weiter versehen wird.

Zu 2. Dem Reichstag ist der vom Reichsrat bereits verabschiedete Entwurf eines Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik zugegangen. Sobald dieser Entwurf Gesetz geworden sein wird, wird der Senat nicht zögern, wegen des Erlasses entsprechender landesgesetzlicher Vorschriften das Erforderliche zu veranlassen.

Zu 3. Die Oberbehörde ist angewiesen worden, im Sinne dieses Antrages zu verfahren.

Zu 4. Der Senat ist bereit, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse die erwähnten und etwa sonst noch im Betracht kommenden Straßennamen durch andere zu ersetzen; wegen der neuen Benennung der Straßen ist das Polizeiamt beauftragt, dem Senate ungesäumt Vorschläge entgegenzubringen.

Zu 5. Zu diesem Punkte wird der Bürgerchaft eine vom Senate heute beraten, besondere Vorlage zugehen. In dieser Vorlage wird vorgeschlagen, daß die amtlichen Veröffentlichungen, künftig in allen in Lübeck erscheinenden Tageszeitungen vorzunehmen sind, sowie daß das gesondert erscheinende Gesetz- und Verordnungsblatt ebenfalls allen Zeitungen auf Wunsch gleichmäßig gegen einen ermäßigten Bezugspreis zugänglich gemacht wird. Dadurch wird jedem Bezueher einer politischen Zeitung das Gesetz- und Verordnungsblatt zu dem gleichen Preise zur Verfügung gestellt. Die Bezeichnung „Amtsblatt“ oder dergl. soll künftig von keiner Tageszeitung geführt werden dürfen.

Im einzelnen wird auf die Vorlage, die in den nächsten Tagen umgelegt werden wird, verwiesen.

Zu 6. Von der Einsetzung des erwähnten fünfgliedrigen Ausschusses hat der Senat Kenntnis genommen.

Das weitere Ersuchen der Bürgerchaft wird der Senat beauftragt.

Zur Schulgeldfrage. Das Schulgeld für höhere und Mittelschulen ist bisher noch nicht endgültig festgesetzt worden. Es ist aber mit Sicherheit damit zu rechnen, daß eine bedeutende Erhöhung plangemäß wird. Die Bürgerchaft hat sich

bekanntlich schon mit dieser Frage beschäftigt und in ihrer Versammlung am 19. Juni d. J. den Senatsantrag dahin abgeändert, daß für die Ermäßigung des Schulgeldes die Einkommensgrenze von 15 000 Mk. auf 30 000 Mk., resp. von 20 000 Mk. auf 40 000 Mk. heraufgesetzt wird. Der Senat ist dieser Abänderung nicht beigetreten und schlägt für die Ermäßigung der Einkommensgrenze die Erhöhung der Einkommensgrenze auf 20 000 Mk. resp. 25 000 Mk. vor. Dieser Antrag lag der Bürgerchaft am Montag zur Beschlusfassung vor. Sie beschloß aber, zwecks näherer Prüfung die Sache bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Der Senat führte zur Begründung seines Antrages u. a. aus: Für die Schulgeldermäßigung ist das steuerpflichtige Einkommen des Kalenderjahres 1921 maßgebend. Nach der vorgenommenen Prüfung sind die vorjährigen Einkommen noch nicht so hoch gewesen, daß es gerechtfertigt erscheint, die Grenze, bis zu der eine Schulgeldermäßigung eintreten soll, bei 40 000 Mk. und 30 000 Mk. zu ziehen. Dadurch würde ein so wesentlicher Ausfall an Schulgeld eintreten, daß voraussichtlich die Mehreinnahme, die durch die Schulgelderhöhung herbeigeführt werden soll, ausbleiben würde. Die baldige Verabschiedung der Vorlage ist dringend erforderlich. Bisher ist die Erhebung des Schulgeldes für das 1. Vierteljahr unmöglich gewesen, da seine endgültige Höhe nicht feststand. Verzögert sich die Festsetzung noch länger, so würde das Schulgeld der beiden ersten Vierteljahre zusammen erhoben werden, müßte, was für viele Zahlungspflichtige eine wesentliche Erschwerung bedeuten würde. — Voraussichtlich wird in der Bürgerchaftssitzung am kommenden Montag ein endgültiger Beschluß gefaßt werden.

Keine Einstellung der Kinderpeisungen. In letzter Zeit ist wiederholt das Gerücht verbreitet worden, daß die Quäterspeisung demnächst ihr Ende erreichen werde. Gegenüber diesen unrichtigen Nachrichten teilt der von den ausländischen Spendern und der Reichsregierung mit der Durchführung der Kinderpeisungen in Deutschland beauftragte Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe E. B. in Berlin (Dorotheenstr. 2), folgendes mit: Die nach in Berlin befindlichen Mitglieder der amerikanischen Kinderhilfsmission der Quäter werden sich zwar, wie von vornherein geplant, von der persönlichen Mitarbeit an dem von ihnen bisher durchgeführten großen Werk der Kinderpeisung in den nächsten Wochen zurückziehen, die Speisungen selbst jedoch werden — wenn auch möglicherweise in veringertem Umfange — auch nach dem 1. Oktober dieses Jahres fortgeführt. Nach dem aus Amerika vorliegenden Nachrichten soll die zurzeit im Gange befindliche Drei-Millionen-Dollar-Sammlung bis zum 31. Juli d. J. durch das sogenannte Campaign-Committee unter Vorsitz der Herren Henry Heide und Ferdinand Thun fastgeheft werden. Da die Speisungen bis zum 30. September dieses Jahres bereits finanziert sind, stehen die Erträge der laufenden Sammlungen zusammen mit den von der Reichsregierung bewilligten Mitteln für den Winter zur Verfügung. Neue Sammlungen sollen unter Führung des Central-Committee for the Relief of Distress in Germany and Austria in New York im Herbst d. J. beginnend durchgeführt werden. Nach dem am 1. Juni in New York gefaßten Beschlusse wird das Central-Committee 60 Proz. der verfügbaren Mittel dem Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe E. B. zur Fortführung der Kinderpeisungen überweisen, weitere 20 Proz. sind für die Kinderpeisungen in Deutsch-Oesterreich und die restlichen 20 Proz. für im einzelnen noch nicht festgelegte Zwecke bestimmt.

### Die Beihilfen zur Förderung des Wohnungsbaues.

Die abermalige starke Verteuerung des Baumarcktes in der Zeit zwischen Spätherbst 1921 und dem Beginne der Bauzeit 1922 hat, so wird uns von Heimatsdienst geschrieben, auf die Durchführung des Kleinwohnungsbaues außerordentlich nachteilig eingewirkt. Die Steigerung bei den meisten Baukosten, wie auch der Arbeitslöhne allein betrug innerhalb dieser Zeit 150—200 Proz. und mehr. Die Herstellungskosten einer Kleinwohnung mit 70 Quadratmeter Wohnfläche bei bescheidenster Planung und Ausstattung, welche im Vorjahre 80—120 000 Mk. erforderten, sind heute um das Doppelte und mehr gestiegen. Das zur Belegung des Wohnungsbaues bisher eingeschlagene Verfahren muß daher auch fernerhin beibehalten werden. Eine Beihilfe außerhalb der öffentlichen Beihilfen kommt nur für besonders

kapitalkräftige Kreise in Frage. Sie hat wenig Bedeutung bei der Befriedigung des gesamten Wohnungsbedarfes und erfordert zur Verwertung der angelegten Kapitalien außerordentlich gesteigerte Mieten.

Durch das bisherige Verfahren sind die durch die Miete nicht gedeckten Baukosten wenigstens zum großen Teil durch unverzinsliche, befristete rückzahlbare Baukostenbeihilfen in der Form von Landes- und Gemeinbedarlehen gedeckt worden, die ihrerseits ihre Deckung durch die Wohnungsabgabe fanden.

Die Landesdarlehen betragen ursprünglich für 70 Quadratmeter Wohnfläche 150—180, für Stallfläche 75 Mark je Quadratmeter. Infolge der anwachsenden Teuerung mußten diese aber bald um das Doppelte und Dreifache erhöht werden. Die Gemeinbedarlehen betragen  $\frac{1}{2}$  der Landesdarlehen, gingen aber auch oft über dieses Maß hinaus bis zur Höhe der letzteren. Die gesamte Beihilfe zum Bau einer 70-Quadratmeter-Wohnung schwankte sonach zwischen 42 000 und 75 000 Mark. Diese Höhe wird nunmehr durch die Novelle vom 18. Mai 1922 zum Wohnungsa b g a befestigt um das Fache erhöht worden, das Gemeinbedarlehen ferner auf die Höhe des Landesdarlehens, als Regel und vorbehaltlich einer Ermäßigung bis auf ein Drittel. Die gesamte Beihilfe zum Bau der genannten Wohnung beträgt nunmehr bis zu 105—126 000 Mark. Es muß angestrebt werden, unter Berücksichtigung größtmöglicher Sparlichkeit hiermit eine Finanzierung des Kleinwohnungsbaues durchzuführen, wobei natürlich auch verkehrt werden muß, die Höhe der erforderlichen Darlehen einzuschränken durch genauere Prüfung der gestellten Anträge auf Darlehensgewährung namentlich daraufhin, ob sie den Anforderungen einer wirtschaftlichen Bauweise entsprechen, ob sich die Größe der Wohnfläche, für welche die Beihilfen gegeben werden, ermäßigen läßt, ob die Forderungen von knapper Grundrißbildung, Sparlichkeit bei der Baustoffauswahl, einfacher Ausstattung, Niedrighaltung insbesondere der Installations- und Anliegerkosten und umschiffter Bauvergebung genügend berücksichtigt sind. Die öffentlichen Mittel sind darauf begrenzt, daß nur der unumgänglich notwendige Beihilfebetrag gestanden werden kann und daß jede weitere Erhöhung als naturnotwendige Folge einer weiteren Verringerung der Anzahl der unterstühten Wohnungsbauten haben müßte.

Um die neue Reichsflagge. In Nr. 151 des Lüb. Volksboten wurde in dem Artikel „Was wir fordern?“ erwähnt, daß der Oberinspektor der Oberbehörde einern Rektor, der die Anschaffung einer neuen Reichsflagge für seine Schule gewünscht habe geantwortet hätte: „Hierfür haben wir kein Geld.“ Wir werden nun ersucht, mitzutheilen, daß hier mindestens ein Mißverständnis vorliegen müsse. Herr Oberinspektor Ohrt bestritt entschieden, sich in der ihm vorgekommenen Art geäußert zu haben. Er könne höchstens gesagt haben, daß für die Anschaffung der Reichsflagge budgetmäßige Mittel nicht zur Verfügung ständen. Jedenfalls würde er seiner ganzen Zustimmung nach keine Worte anwenden, durch welche die Reichsflagge herabgesetzt oder verächtlich gemacht werde.

Zu Vorauszahlungen auf Umkleesteuer an die Finanzämter im Wege des Postfachverkehrs sind besondere Vortrude zu Zahlkarten eingeführt worden. Die Finanzämter werden der erstmaligen, in diesen Tagen ergehenden Aufforderung drei Zahlkarten für die Vorauszahlungen im Juli und Oktober 1922 sowie im Januar 1923 beifügen. Die Zahlkarten sind auch am Schalter jeder Postanstalt erhältlich.

Vorlesungen an der Universität Hamburg wird im Auftrage der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der hiesigen Universität Herr Dr. H. Linz, der Leiter des Wohlfahrtsamtes und anderer gemeinnütziger Anstalten Lübecks, im kommenden Wintersemester halten. Dr. Linz hält eine wöchentlich zweifache Vorlesung über „Ausgewählte Probleme der sozialen Rechtspflege“.

Sonderzug nach Tirol. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ (Gau Nordmark) will mit seinen Mitgliedern in diesem Jahre mit einem Sonderzuge am 12. August nach Innsbruck fahren. Die überaus billige Hin- und Rückreise — ca. 600 Mark — die billigen Unterkünfte in eigenen Hütten, die Führung und billige Verpflegung seitens der einheimischen Mitglieder an den einzelnen Plätzen Tirols ermöglichen es den Mitreisenden für verhältnismäßig wenig Geld diese Reise mitzumachen. Der Verein hat auch einige Waggons für Nichtmitglieder

## Annie Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von K. von der Eider.

41. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Es war eine flotte Fahrt. Der Wagen hopfte, aber Wiebke hielt sich aufrecht und sah mit herrlichem Blick um sich, als wollte sie sagen: „Ich bin die Tochter vom Reichthum, und der neben mir ist der Knecht.“ Als sie aber einmal ein wenig von der Seite schielte, gewahrte sie, daß er, der Knecht, ebenso stolz auf seinem Pferde saß wie sie, und eine ebenso hochmütige Miene machte. Ja, er war noch bei dem heimlichen Streit im Vorteil, weil er der Bräutigam war.

Es war ein frischer Mittag. Am blauen Himmel segelten weiße Wolkensfische, und die Fennen waren grün wie ein frischgewaschenes Kleid. Weiße Marienblümchen hoben ihre Köpfe; hübschfärbig stampften die rotbunten Kühe in dem kurzen Gras.

Sie waren ein Stück des Weges gefahren, da wurde die Sache Wiebke zu langweilig. Sie fing an, auf ihrem Sitz hin und her zu rutschen wie ein Kind kurz vor Schluß. Sie öffnete den Mund, räusperte sich und schloß ihn wieder. Andreæ fuhr unerritt weiter. Er fuhr, als ob er allein säße; er kümmerte sich nicht um die Gefährtin.

Sie zog die Schultern hoch und gähnte. „Es ist kalt heute,“ sagte sie.

Er sah sie erstaunt an, als befände er sich erst darauf, wer sie sei. „Ja,“ antwortete er latontsch; dann ließ er die Weisheit überlassen, und das Pferd zog an, daß sie erschraf.

„Haben wir noch weit bis Hulum?“ fragte sie nach einer Weile.

Sie lehnte sich zurück und gähnte. Hulum kam in Sicht. Mit zeräpelt fuhren sie durch die Straßen. Die Leute auf der Straße ließen stehen und sahen ihnen nach. Es war ein hübsches Fuhrwerk und ein stolzes Paar. Endlich waren sie auf dem Bahnhöf im Kt. Hulum, er hat Handgepäck vom Wagen genommen. Sie gingen voran, um sich ein Billett zu lösen. Als sie sich umfah, sah er bereits wieder auf seinem Sitz und wandte den Wagen.

„Sie ist ein, daß sie ihm noch Adieu sagen wollte, das war ihre Pflicht, und auch ein Dankeschön konnte sie sich kaum erlauben. Als sie aber vor die Tür trat, war er schon eine kleine Strecke weit gefahren, und sie hätte laut rufen müssen, um von ihm verstanden zu werden. Wie hieß er doch? Andreæ. Nein, er hieß Andreæ, er nicht über sich, zu rufen; er war auch schon zu weit

entfernt. Sie warf den Kopf in den Nacken, nahm ihre Handtasche und ging auf den Perron.

Ein Gefühl der Anzuredenheit beschlich sie; aber sie zwang es nieder. Ja, es war gut, daß sie fortkam. Die dem Menschen gegenüber wäre ihr Stolz schließlich noch in die Brüche gegangen. Stolz mußte man sein Niedrigstehenden gegenüber; das war eine der Lehren, die die Mutter ihr früh eingeprägt hatte.

Andreæ machte sich nicht viel draus, daß er Wiebkes Abschiedsruf nicht erhalten hatte. „Das dumme Weib,“ dachte er, „da ist mir die kleine trahbürtige Mieschen doch zehnmal lieber.“

Es gefiel Andreæ gut auf Rathwischhof. Das Düstere, Strenge imponierte ihm, aber es vermochte seinen angeborenen Froststimm nicht zu unterdrücken. Das Essen war, seitdem der Bauer sich beständig darum kümmerte, gut und kräftig. Mit dem Großknecht, der ein hübscher großmütiger und eingebildeter Mann, aber sonst seine guten Seiten hatte, stand Andreæ, der äußerst gutmütig war, auf gutem Fuße. Der Bauer jagte ihm kein böses Wort, ja, wenn niemand zugegen war, war er von väterlicher Güte gegen den Knecht. Er zeigte ihm alles mit großer Geduld und belehrte ihn, wo es angeht. Wenn es irgend möglich war, richtete er es immer so ein, daß Andreæ mit ihm zusammen arbeitete.

Die Hausfrau war das Gegenstück von ihrem Manne; sie war nörgelehaft und unfreundlich. Andreæ kam aber fast gar nicht mit ihr zusammen. Von Wiebke hörte er nur gelegentlich; wenn die Leute einmal Bruchstücke von einem Briefe auffingen, wurde ihre Person gehörig durchgeschüttelt.

„Vena fand es gar nicht in der Ordnung, daß es ihr so gut auf ihrer Stelle gefiele; so eine mußte ihrer Meinung nach umlernen.“ Die Bäuerin fing nach Wiebkes Fortgang ernsthaft an zu tränkeln. In der Leutehaube redete man hin und her darüber.

„Sie lebt höchstens noch ein halbes Jahr,“ war Hinnerks Meinung.

„Sag gebe ihr gut anderthalb Jahr,“ versetzte Vena. „Seid nicht dumm, Leute,“ warf der Arbeitsmann, ein Sohn von Nahmer Keimer, dazwischen. „Die Frau ist ja mein Lebtrog nicht anders gewesen. Die kann alt werden, Leute, sie hat eine Kagenatur.“

„Ob es wohl Weinuppe und Braten gibt?“ Lieschen schwärmte vom Leidensthumus.

„Dor luv upp.“

„Ob er denn wohl die Kringelträgerin freit?“ Ihre Stimmen fielen in einen gedämpften Ton. „Ihr Mann hat die Wasserjucht; er macht es nicht mehr lange.“

Frauenmensch! Ein paar Name hat sie, da könnte man darauf gehen, und Augen als Fankelsteine.“

„Da fände Dir wohl auch der Leder nach?“ neckte ihn Vena. „Haha, warum nicht? So 'n schmierer Kerl als ich bin!“ Er warf sich in die Brust.

„Ja, Hinnerk war ein schmuder Kerl. Haar und Schnurrbart waren wie mit der Wichsbürste blank gemacht, und in seinen dunklen Augen loderte versteinerte Glut. Dabei war er noch etwas größer als Andreæ und besaß einen feinen Sonntagssrad. Er hatte in Liebesfällen schon viele Erfahrungen gemacht, und Andreæ kam sich ihm gegenüber sehr dumm und unbeholfen vor.“

Hinnerk sogte ihn ins Auge. „Junge, du hast noch keine Braut?“

„Jawohl,“ versetzte Andreæ prompt, und der andere las in seinem offenen Gesicht, daß es wirklich so war; er hielt es aber doch nicht für rathsam, weiter zu fragen.

Von der flotten Fahrt vom Kringelzug war öfter die Rede. Bald bekam Andreæ sie auch zu sehen. Der Bauer stand neben ihm auf dem Hofplatz, wo er den Wagen wusch. Da kam sie aus dem Hause, hochhubig, keuchend, mit einem unnatürlich großen Hut. Sie hatte Frau Karline bebaut und wollte nun auch Ross im Vorbeigehen begrüßen. Es waren gleichgültige Worte, die zwischen ihnen hin und her flogen: Andreæ konnte jedes einzelne verstehen. Als sie ging, versetzte sie Ross einen kleinen vertraulichen Kuß mit dem Ellbogen in die Seite, der vor einem viel-lagenden Bild begleitet wurde. Andreæ bläkte gerade auf, und seine und Roffs Augen begegneten sich. Der Bauer wurde rot und wandte sich unwirsch ab. Andreæ dachte: Er muß sehr feinsinnig sein, daß er sich vor mir geniert. Er lebt sie auch gewiß nicht. Sie hat es wohl auf ihn abgesehen, und da machen sich die Leute gleich einen Vers daraus. Andreæ ließ sich an seinem Herrn auch durch keine Reden und Anspielungen irre machen.

Einmal, an einem freien Sonntag nahm Hinnerk ihn mit in den Kringelzug. Er tat ihm den Gefallen, obgleich er sich in seinem Innern etwas dagegen sträubte.

Die Wirtin sah an der Tonbank in ihrer hellen Schürze. Sie rielte ihnen lächelnd zu wie allen Bekannten, brachte Bier und Kummel und setzte sich zu ihnen.

Hinnerk tat sehr vertraut mit ihr, was Andreæ ärgerte, da sie ihm sehr viel älter als er vorkam. Auch gefiel sie ihm nicht; er mochte das übermäßige Starke an ihr nicht leiden. Sie schien es nicht zu beachten, daß Andreæ sich fast gar nicht an der Unterhaltung beteiligte; denn als er sie einmal verflochten anfaß, ließ sie ihre schillernden Augen mit ihm spielen, bis er ganz verwirrt wurde. Als sie endlich gingen, trug er ein Gefühl der Anzuredenheit mit sich selbst heim.

(Fortsetzung folgt.)

